



Niederschrift

über die

Sitzung des Kreistages

Sitzungsdatum: Freitag, den 07.10.2011
Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 10:15 Uhr
Ort, Raum: Landratsamt Würzburg, Zeppelinstraße 15, Sitzungssaal II, im Haus II

Anwesend waren:

Landrat

Nuß, Eberhard

stellv. Landrat

Schäfer, Elisabeth
Joßberger, Ernst

Mitglieder der CSU Fraktion

Ländner, Manfred MdL
Brell, Hermann
Breunig, Anna
Brohm, Waldemar
Eberth, Thomas
Endres, Alfred
Feuerbach, Anita
Friedrich, Rainer
Geulich, Robert
Gramlich, Edwin
Haase, Ulrike
Hügelschäffer, Karl
Jungbauer, Björn
Klopf, Günter
Klüpfel, Uwe
Konrad, Gaby
Kuhn, Barbara
Lehrieder, Paul MdB
Losert, Burkard
Meckelein, Karl
Rudolf, Günter
Scheiner, Bruno
Schmidt, Martina
Schraud, Rosalinde
Wallrapp, Maria
Zorn, Matthias

Mitglieder der SPD Fraktion

Gernert, Sibylle
Götz, Eberhard
Haupt-Kreutzer, Christine
Hesselbach, Eva-Maria
Kinzkofer, Rainer
Koch, Heinz
Linsnbreder, Eva
Mann, Wolfgang
Reuther, Marion
Ries, Sonja
Rüger, Otto
Schinagl, Ingrid
Schlereth, Bernhard

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Trautner, Christoph
Celina, Kerstin
Heußner, Karen
Keck, Andreas
Pumpurs, Eva
Rabenstein, Lothar

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Fuchs, Rainer
Freiherr von Zobel, Heinrich
Juks, Peter
Kinzinger, Lioba
Metzger, Alois
Oechsner, Annemarie
Rost, Peter Dr.
Rützel, Thomas
Wild, Lothar

Mitglieder der REP

Seifert, Berthold
Kienast, Ernst-Alfred

Mitglieder der ÖDP

Henneberger, Matthias
Schenk, Otto

Mitglieder der FDP

Kuhl, Wolfgang
Krämer, Steffen

Schritfführer/in

Münch, Alexandra
Schubert, Susanne

Außerdem anwesend:

1 Vertreter der Medien
4 Zuhörer

vom Landratsamt:

Herr Buchner
Herr Goth
Frau Dr. Hetzel
Herr Hart
Herr Huppmann
Herr Künzig
Herr Pahlke
Frau Schorno
Herr Stumpf

vom Kommunalunternehmen:

Herr Dr. Schraml

Abwesend/Entschuldigt:

stellv. Landrat

Wolfshörndl, Stefan entschuldigt

Mitglieder der CSU Fraktion

Rhein, Bernhard entschuldigt

Weidner, Winfried entschuldigt

Mitglieder der SPD Fraktion

Halbleib, Volkmar MdL entschuldigt

Stichler, Peter entschuldigt

Wesselowsky, Peter entschuldigt

Mitglieder der BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion

Heeg, Rita entschuldigt

Mitglieder der UWG-FW Fraktion

Mühleck, Ludwig entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|------------------------|
| 1. | Änderung der Zusammensetzung des Kreistages;
Vereidigung eines Kreisrates | S 2/013/2011 |
| 2. | Photovoltaikanlagen auf Grundstücken und Einrichtungen des team
orange | KU/009/2011 |
| 3. | Aktuelle Entwicklungen im ÖPNV | KU/010/2011 |
| 4. | Einführung einer Sitzungsmanagementsoftware "Session";
Veröffentlichung von Niederschriften im Internet | S 2/009/2011/1 |
| 4.1. | Antrag der Republikaner;
Einführung der Übertragung bzw. Aufzeichnung der Kreistagssitzun-
gen im Internet zur Möglichkeit der Verbesserung der Öffentlichkeits-
arbeit | |
| 5. | Förderung von Aktivitäten mit Partnerlandkreisen/regionen des Land-
kreises Würzburg | S 2/014/2011 |
| 6. | Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2007 | KrPA/010/2011 |
| 6.1. | Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009 | KrPA/009/2011/1 |

Landrat Eberhard Nuß begrüßt alle anwesenden Kreisrätinnen und Kreisräte, alle Gäste, die Damen und Herren der Verwaltung sowie den Vertreter der Medien.

Er stellt fest, dass die Einladung zu dieser Sitzung form- und fristgerecht zugegangen ist.

Kreisrat Fuchs bemerkt, dass zum Tagesordnungspunkt 3 des öffentlichen Teils eine E-Mail mit Anhängen an die einzelnen Kreistagsmitglieder versandt worden sei. Diese E-Mail konnte von vielen nicht geöffnet werden. Er bittet deshalb, diese Unterlagen heute als Tischvorlage zu erhalten.

Kreisrat Krämer erläutert, dass es sich um ein bekanntes Problem von Microsoft handele. Bestimmte Dateien, die über Outlook versendet werden, werden umgewandelt in eine sogenannte Winmail.dat. Diese könne dann oft nicht geöffnet werden. Helfen würde bei diesem Problem, die konsequente Umstellen beim Versand der Mails im txt- oder html-Format.

Landrat Nuß äußert sich hierzu: 1. die Unterlagen noch schriftlich rauszugeben und 2. das Problem von Seiten EDV-Abteilung lösen zu lassen.

Er stellt fest, dass mit der Tagesordnung Einverständnis besteht.

Zu Beginn dieser Sitzung bittet **Landrat Nuß** die anwesenden Personen sich von ihren Plätzen zu erheben und dem verstorbenen Kollegen Herbert Haas zu gedenken.

Landrat Nuß würdigt den verstorbenen Kollegen Herbert Haas, der am 05.08.2011 im Alter von 77 Jahren gestorben ist, für seine Tätigkeit als Mitglied des Kreistages und in den verschiedenen Ausschüssen sowie als Kreisheimatpfleger. Seine Fachkenntnisse als Architekt und Kreisheimatpfleger und seine unnachahmliche Art betont Landrat Nuß besonders.

Der Kreistag des Landkreises Würzburg wird Herbert Haas mit großem Respekt ein ehrendes Andenken bewahren.

Kreistag	Termin 07.10.2011	Vorlage: S 2/013/2011
		TOP 1
		öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats

Betreff:

**Änderung der Zusammensetzung des Kreistages;
Vereidigung eines Kreisrates**

Sachverhalt:

Infolge des Todes von Kreisrat Herbert Haas rückt als nächster Listennachfolger aus dem Wahlvorschlag Nr. 5, Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) Herr Otto Schenk, Ochsenfurter Str. 21, 97236 Randersacker, in den Kreistag nach.

Herr Schenk wurde gemäß den wahlrechtlichen Bestimmungen gebeten, sich über die Annahme zur Wahl zum Kreisrat sowie über die Bereitschaft, den Eid gemäß Art. 24 Abs. 4 der Landkreisordnung zu leisten, zu erklären.

Diese Erklärung hat Herr Schenk abgegeben.

Landrat Nuß bittet Herrn Otto Schenk darum, vorzutreten und ihm die Eidesformel nachzusprechen.

Nachdem er den Eid abgelegt hat, gratuliert ihm der Landrat zur Bestellung als Kreisrat des Landkreises Würzburg. Dieser Gratulation schließen sich die einzelnen Gruppierungen im Kreistag an.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt Kenntnis, dass für den verstorbenen Kreisrat Herbert Haas Herr Otto Schenk, Randersacker, Wahlvorschlag Nr. 5 ÖDP, in den Kreistag des Landkreises Würzburg nachrückt.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt Kenntnis, dass für den verstorbenen Kreisrat Herbert Haas Herr Otto Schenk, Randersacker, Wahlvorschlag Nr. 5 ÖDP, in den Kreistag des Landkreises Würzburg nachrückt.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-1

Zur weiteren Veranlassung an S2, ZFB 1 – Herrn Bayerlein, KU – Besoldungsstelle,

Zur Kenntnis an Vorzimmer LR, ZB

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Im Anschluss an die Glückwünsche zur Vereidigung von Herrn Otto Schenk gratuliert **Herr Landrat Nuß** Herrn **Kreisrat Kinzkofer** zu seiner 25-jährigen Tätigkeit als Bürgermeister. **Kreisrat Björn Jungbauer** gratuliert er nachträglich zum 30. Geburtstag.

Landrat Nuß geht zum Tagesordnungspunkt 2 „Photovoltaikanlagen auf Grundstücken und Einrichtungen des team orange“ über und begrüßt hierzu **Herrn Dr. Schraml** vom Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg und erteilt ihm das Wort.

Kreistag	Termin 07.10.2011	Vorlage: KU/009/2011
		TOP 2
		öffentlich

Fachbereich: Kommunalunternehmen

Betreff:

Photovoltaikanlagen auf Grundstücken und Einrichtungen des team orange

Sachverhalt:

A) Freiflächen

Sämtliche im Eigentum des team orange stehenden Deponieflächen wurden im Herbst des vergangenen Jahres auf ihre Eignung für Freiflächenphotovoltaikanlagen überprüft.

Die Flächen der ehemaligen Hausmüll- und Bauschuttdeponie Uettingen wurden in Kooperation mit der Gemeinde Uettingen an die Firma Ostwind verpachtet. Von den insgesamt 100.000 m² können bis zu 75% für die Belegung mit Photovoltaikmodulen genutzt werden. Insgesamt können so jährlich bis zu 3.000.000 kwh Strom erzeugt werden (CO₂-Einsparung = 1.800 t p.a.). Dank entsprechend rascher Beschlussfassung des Uettinger Gemeinderats kann die Anlage ihren Betrieb voraussichtlich spätestens im Frühjahr 2012 aufnehmen.

Die Flächen der ehemaligen Bauschuttdeponie Röttingen wurden ebenfalls an die Firma Ostwind verpachtet. Dort könnten bis zu 40.000 m² mit Photovoltaikmodulen überbaut und so jährlich ca. 1.000.000 kwh Strom erzeugt werden (CO₂-Einsparung = 600 t p.a.). Der Willensbildungsprozess des Röttinger Stadtrats zur Nutzung von im Stadtgebiet gelegenen Freiflächen für Anlagen erneuerbarer Energien läuft derzeit noch.

B) Dachflächen

Im Zusammenhang mit den Freiflächenanlagen wurden auch alle Dachflächen des team orange auf ihre Eignung für Photovoltaikanlagen überprüft.

In einem ersten Schritt werden in den kommenden Monaten die Dachflächen der Wertstoffhöfe Schleehof und Wachtelberg sowie Teildachflächen des Betriebssitzes mit Photovoltaikmodulen belegt. Insgesamt können so jährlich ca. 40.000 kwh Strom erzeugt werden (CO₂-Einsparung = 24 t p.a.). Mit Ausnahme der Sickerwasserreinigungsanlage kann somit annähernd der gesamte Strombedarf des team orange gedeckt werden.

Die Realisierung weiterer Dachanlagen bleibt einem zweiten Schritt vorbehalten.

Ergebnis: zur Kenntnis genommen

Beschluss-Nr.:

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

		Vorlage: KU/010/2011
	Termin	TOP 3
Kreistag	07.10.2011	öffentlich

Fachbereich: Kommunalunternehmen

Betreff:

Aktuelle Entwicklungen im ÖPNV

Debatte:

Herr Dr. Schraml vom Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg erläutert anhand einer PowerPointPräsentation (siehe Anlage 1) die Linienbündelung gemäß Nahverkehrsplan. Erster Schritt sei eine Harmonisierung der Konzessionslaufzeiten. Dies werde im Korridor 1 am 01.02.2012 erreicht. Zweiter Schritt sei die gemeinsame Überplanung aller Buslinien in einem Korridor. Dies sei für den Korridor 1 bereits durch einen Gutachter in Zusammenarbeit mit den Gemeinden durchgeführt worden. Es erfolgte eine Optimierung des bestehenden Angebotes, die neue ÖPNV-Verkehrsleistung werde ausgeschrieben, Anforderungen an Fahrzeug, Ausstattung und Bedienung wurden eingeschlossen, die neue Konzession erhält „Das Kommunalunternehmen des Landkreises Würzburg“.

Die Ausschreibung sei auf 8 Lose/Linienpakete verteilt, so dass mittelständische Verkehrsunternehmen gute Chancen im Wettbewerb hätten; das VOL-Verfahren werde hierdurch eingehalten.

Kreisrätin Reuther fragt nach, inwieweit dies Auswirkungen auf die Preise habe. Ihre Meinung sei, dass man da mal dran gehen sollte und perspektivisch daran gearbeitet werden müsste.

Herr Dr. Schraml äußert hierzu, dass in gewisser Hinsicht da die Hände gebunden seien. Das 1. Problem sei das relativ hohe Ausgangsniveau. Hinzu kämen die jeweiligen Erhöhungen bei allgemeinen Preisanstiegen. Zum 2. könne ein Konzessionär bei Tarifbestimmungen mitreden. Wenn der Landkreis mehr Korridore als Konzessionär bekomme, steige sein Einfluss. Allerdings: Je niedriger der Fahrpreis, desto höher sei der Zuschussbetrag durch den Landkreis.

Landrat Nuß spricht das Gezerre um das Semesterticket an. Die Rede ist von einer hervorragenden Errungenschaft, die nun in Frage gestellt werde. Er sei voll auf der Seite des Studentenwerks, das von sich aus eine gute Preiserhöhung angeboten hat, einer Erhöhung von 46,00 Euro auf 55,00 Euro – das sind 20 % - das sei für ihn schon die Obergrenze, die man als Erhöhung überhaupt akzeptieren könne und dennoch möchte die VVM, dass es eine Einschränkung in der räumlichen Reichweite geben soll. Das Ticket soll nur noch für eine Wabe, also für den Großwabenbereich Würzburg gelten und ansonsten nur mit Zuschlägen. Das würde die Studenten betreffen, die im ländlichen Raum wohnen. Wir kämpfen ständig um die Verbunderweiterung, Kitzingen haben wir dabei, an Main-Spessart sind wir dran und Schweinfurt ist in Zukunft auch mit dabei. Er findet es unmöglich, wie man sich hier verhalte.

Herr Dr. Schraml äußert sich hierzu, ihm sei ein Schreiben des Studentenwerks vorgelegt worden, wonach sich die Beschränkung auf 4 Waben beziehe und zwar ohne Zuzahlung. Mit dem Ergebnis, alle zahlen mit, aber ohne Zuschlag können nur die fahren, die in diesem Wabenbereich wohnen. Was ist, wenn sie umziehen? Nach seiner Meinung also ein völlig unausgegorener Vorschlag. Dieser stamme nicht vom Studentenwerk, sondern vom VVM.

Eine räumliche Beschränkung komme für den Landkreis nicht in Betracht. Er habe deshalb beantragt, eine VNM Gesellschafterversammlung einzuberufen. Er könne versichern, dass die Regierung von Unterfranken die gleiche Meinung vertritt wie Landrat Nuß, dass eine räumliche Beschränkung auch vom Freistaat nicht akzeptiert werde. Er denke auch, dass eine Erhöhung von 20 %, von 46,00 Euro auf 55,00 Euro, bei steigenden Studentenzahlen allemal ausreichend sein müsste. Man könne sich nicht erlauben, das Semesterticket zu streichen und hoffe, dass hier bald die Vernunft einkehre.

Landrat Nuß fordert die Beibehaltung des Semestertickets. Es werde jegliche räumliche Einschränkung abgelehnt und eine Erhöhung auf 55,00 Euro sollte wirklich die Obergrenze darstellen. Er fragt nach, ob er dies so als Aussage des Kreistages festhalten darf. Dies wird von den Kreisräten so bestätigt.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-3

Zur weiteren Veranlassung an KU, Herrn Dr. Schraml

Zur Kenntnis an

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

		Vorlage: S 2/009/2011/1
	Termin	TOP 4
Kreistag	07.10.2011	öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats

Betreff:

**Einführung einer Sitzungsmanagementsoftware "Session";
Veröffentlichung von Niederschriften im Internet**

Sachverhalt:

Der Landkreis Würzburg hat Ende des vergangenen Jahres eine Sitzungsmanagement-Software mit dem Namen „Session“ eingeführt.

„Session“ wurde entwickelt, um die tägliche Arbeit in allen Bereichen des Sitzungsdienstes zu erleichtern. Es werden alle Vorgänge, wie Vorlagenerstellung und Sitzungsbearbeitung zentral in einer Datenbank verwaltet, die Informationen sind somit jederzeit abrufbar und eine flexibel an die Verwaltung angepasste Automatisierung der Abläufe wird erreicht.

Gleichzeitig ermöglicht das System den Kreisrätinnen und Kreisräten, sich durch im Internet bereitgestellte Unterlagen (Tagesordnung, Beratungsunterlagen des öffentlichen Teils) zeitnah auf die jeweilige Sitzung vorzubereiten. Darüber hinaus können Niederschriften aus den öffentlichen Sitzungen „ins Netz“ gestellt werden und das System bietet eine umfangreiche Recherche- und Archivfunktion. Der Zugang für die Kreisräte über das Internet wird durch die Zuteilung eines entsprechenden Passwortes ermöglicht. Eine Einführung und Einweisung über die sich den Kreisrätinnen und Kreisräten bietenden Möglichkeiten wird in der Kreistagssitzung am 07.10.2011 gegeben werden.

Neben diesem Ratsinformationssystem für Kreisrätinnen und Kreisräte gibt es die Möglichkeit eines Amtsinformationportals, worüber die Bediensteten im Hause über Intranet ebenfalls Zugang zu Sitzungsterminen, Tagesordnungen und Niederschriften des öffentlichen Teils haben.

Darüber hinaus gibt es ein drittes Portal, nämlich das so genannte Bürgerinformationssystem. Über ein solches Bürgerinformationssystem im Internet können interessierte Bürgerinnen und Bürger sich über anstehende Sitzungen der Landkreisgremien und über die zur Beratung und Beschlussfassung anstehenden Themen des öffentlichen Teils informieren. Es besteht zudem die Möglichkeit, die kompletten Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen durch das Internetangebot des Landkreises einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Session bietet neben der genannten Informationsverbesserung als weiteren großen Vorteil eine überwiegend papierlose Abwicklung. Es müssen nicht mehrere hunderte von Seiten für Einladungen, Beratungsunterlagen und Protokolle kopiert werden, sei es für die Mitglieder des Kreistages oder die Mitarbeiter im Hause. Es besteht die Möglichkeit, solche Unterlagen am Bildschirm zu lesen und nur bei Bedarf auszudrucken. Ebenso verhält es sich mit umfangreichen Anlagen, die nun als PDF-Datei im Netz bereitgestellt werden können.

Auch auf die datenschutzrechtliche Sicht dieses Verfahrens ist hinzuweisen. Durch automatisierte Auswertungen über verschiedene Suchkriterien können theoretisch Anwesenheitsprofile von Kreistagsmitgliedern oder Referenten erstellt werden.

Das positive Beispiel von vielen Landkreisen und Städten, die dieses System bereits nutzen, zeigt aber, dass Bedenken wegen dieser möglichen Eingriffe zurückgestellt werden können.

Bei einer positiven Entscheidung für eine Veröffentlichung von Niederschriften im Internet muss **§ 28 der Geschäftsordnung des Kreistages** geändert werden. Diese Bestimmung sieht bisher vor, dass die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen allen Kreisbürgern freisteht. Die in öffentlichen Sitzungen gefassten Beschlüsse können im Internet veröffentlicht werden.

Das bedeutet, dass ein interessierter Bürger bisher in das Amt kommen musste und dort Einblick in die Niederschriften des öffentlichen Teils einer Sitzung nehmen konnte.

Die neue Fassung des § 28 müsste wie folgt lauten:

„Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen steht allen Kreisbürgern frei (Art. 48 Abs. 2 Satz 2 Landkreisordnung). Niederschriften über öffentliche Sitzungen können im Internet veröffentlicht werden.“

Die Verwaltung schlägt nach Absprache mit den Fraktionssprechern den im Kreistag vertretenen Gruppierungen folgende weitere Vorgehensweise vor:

1. Dem Kreistag sollte in der nächsten Sitzung am 07.10.2011 vorgeschlagen werden, sein Einverständnis zum Sitzungsprogramm Session zu geben. In der genannten Sitzung soll von einem Mitarbeiter der AKDB eine Einführung und Anweisung zur Anwendung dieses Programms für die Kreisrätinnen und Kreisräte erfolgen.
2. Die Einladungen mit Beratungsunterlagen werden ab 2012 wie bisher in Papierform an die jeweiligen Ausschussmitglieder bzw. beim Kreistag an alle Kreisrätinnen und Kreisräte übersandt.

Diese Unterlagen erhalten neben Ausschussmitgliedern noch die Sprecher der Fraktionen und die stellvertretenden Landräte.

Die übrigen Kreisräte erhalten von den Ausschusseinladungen einen Abdruck mit dem Hinweis, dass die Beratungsunterlagen im Netz eingestellt sind.

Die Niederschriften über die jeweiligen öffentlichen Sitzungen werden künftig ins Netz eingestellt (also nicht mehr in Papierform übersandt) und können von allen Kreisrätinnen und Kreisräten über das Ratsinformationsportal eingesehen und bei Bedarf aufgedruckt werden.

3. Da durch die Anwendung des Ratsinformationsportals für die Kreisrätinnen und Kreisräte erhöhte Aufwendungen in Form von Druckerpatronen, Papierausdruck etc. entstehen, wird dem Kreistag vorgeschlagen, die monatliche Aufwandsentschädigung von bisher 60 € auf neu 70 € zu erhöhen.
4. Das Bürgerinformationsportal kann dann ebenfalls ab 2012 aktiviert werden.

5. Kreisrätinnen und Kreisräte, die über keinen Computer verfügen, erhalten alle erforderlichen Unterlagen weiterhin in Papierform.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 21.07.2011 nachfolgende Empfehlung an den Kreistag ausgesprochen:

Debatte:

Herr Buchner erläutert die für 2012 geplante Einführung des Softwaremanagements „Session“ und zeigt die Vorzüge des Programmes, sowohl für die Kreisräte über das Ratsinformationssystem als auch für den Bürger über das Bürgerinformationssystem auf. Gleichzeitig weist er auf die beiden Schulungstermine am 03.11.2011 und 10.11.2011 hin, an denen eine Einweisung in das Programm durch die Firma Living-Data durchgeführt werden wird.

Kreisrat Seifert bittet, im Beschlussvorschlag unter Punkt 3. den ersten Satz noch um die „Gruppensprecher“ zu ergänzen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt zur Einführung des Programms Session folgendes:

1. Der Veröffentlichung von Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse im Internet über ein Ratsinformations- und ein Bürgerinformationssystem wird zugestimmt.
2. § 28 der Geschäftsordnung des Kreistages soll wie folgt neu gefasst werden:
„Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen steht allen Kreisbürgern frei (Art. 48, Abs. 2, Satz 1 Landkreisordnung). Niederschriften über öffentliche Sitzungen können im Internet veröffentlicht werden.“
3. Ab 2012 erhalten die Mitglieder von Ausschüssen, die stellvertretenden Landräte und die Fraktionssprecher, bei Kreistagssitzungen alle Mitglieder, die Einladung und die Beratungsunterlagen in schriftlicher Form (Kreisausschuss und Kreistag auch den nicht öffentlichen Teil). Bei Ausschusssitzungen werden die restlichen Mitglieder des Kreistages durch Abdruck der Einladung informiert und können Beratungsunterlagen im Ratsinformationssystem abrufen. Die Niederschriften über den öffentlichen Teil aller Sitzungen werden nicht mehr in Papierform übersandt, sondern können über das Ratsinformationssystem gelesen und ggf. auch ausgedruckt werden.
4. Die Satzung zur Regelung der Entschädigung ehrenamtlich tätiger Kreisräte und Bürger wird in § 2 dahingehend abgeändert, dass anstelle von bisher 60 € ab dem 01.01.2012 neu 70 € an Aufwandsentschädigung festgesetzt wird.
5. Das Ratsinformationssystem und das Bürgerinformationssystem sollen ab 2012 eingeführt werden.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt zur Einführung des Programms Session folgendes:

1. Der Veröffentlichung von Niederschriften aus öffentlichen Sitzungen des Kreistages und seiner Ausschüsse im Internet über ein Ratsinformations- und ein Bürgerinformationssystem wird zugestimmt.
2. § 28 der Geschäftsordnung des Kreistages soll wie folgt neu gefasst werden:
„Die Einsicht in die Niederschriften über öffentliche Sitzungen steht allen Kreisbürgern frei (Art. 48, Abs. 2, Satz 1 Landkreisordnung). Niederschriften über öffentliche Sitzungen können im Internet veröffentlicht werden.“
3. Ab 2012 erhalten die Mitglieder von Ausschüssen, die stellvertretenden Landräte, die Fraktionssprecher und die Gruppensprecher, bei Kreistagssitzungen alle Mitglieder, die Einladung und die Beratungsunterlagen in schriftlicher Form (Kreisausschuss und Kreistag auch den nicht öffentlichen Teil). Bei Ausschusssitzungen werden die restlichen Mitglieder des Kreistages durch Abdruck der Einladung informiert und können Beratungsunterlagen im Ratsinformationssystem abrufen. Die Niederschriften über den öffentlichen Teil aller Sitzungen werden nicht mehr in Papierform übersandt, sondern können über das Ratsinformationssystem gelesen und ggf. auch ausgedruckt werden.
4. Die Satzung zur Regelung der Entschädigung ehrenamtlich tätiger Kreisräte und Bürger wird in § 2 dahingehend abgeändert, dass anstelle von bisher 60 € ab dem 01.01.2012 neu 70 € an Aufwandsentschädigung festgesetzt wird.
5. Das Ratsinformationssystem und das Bürgerinformationssystem sollen ab 2012 eingeführt werden.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-4

Zur weiteren Veranlassung an S2, ZFB 4

Zur Kenntnis an

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 07.10.2011	Vorlage:
		TOP 4.1
		öffentlich

Fachbereich:

Betreff:

**Antrag der Republikaner;
Einführung der Übertragung bzw. Aufzeichnung der Kreistagssitzungen im Internet zur Möglichkeit der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit**

Debatte:

Am 28.10.2011 ging per E-Mail ein Antrag der Republikaner, bezüglich der „Einführung der Übertragung bzw. Aufzeichnung der Kreistagssitzung im Internet zur Möglichkeit der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit“, ein (s. Anlage). Dieser Antrag wurde am 04.10.2011 per E-Mail bzw. teilweise per Post an die Mitglieder des Kreistages versandt.

Landrat Nuß bittet Kreisrat Seifert seinen Antrag kurz zu erläutern.

Kreisrat Seifert erläutert, dass es sein Anliegen sei, den Landkreisbürgern die Möglichkeit zu bieten, sich direkt und unabhängig durch eine Übertragung bzw. Aufzeichnung der Kreistagssitzung im Internet über die Arbeit der gewählten Kreisräte zu informieren. Dies sei aus seiner Sicht ein sinnvoller Beitrag, den Bürgern die Landkreispolitik wieder näher zu bringen. Weiterhin hätten dann auch Kreisräte, die beruflich oder krankheitsbedingt nicht an der Sitzung teilnehmen können, die Möglichkeit, so an der Sitzung teilhaben zu können. Bereits andere Kommunalparlamente haben sich zu einer Umsetzungsprüfung zur Direktübertragung der Sitzungen im Internet entschlossen, wie z.B. der Stadtrat von Augsburg.

Er bittet deshalb heute darüber zu entscheiden, diese Möglichkeit bei der Einführung des Programmes „Session“ mit zu berücksichtigen und zu prüfen.

Landrat Nuß lässt sodann über den Antrag der Republikaner „Einführung der Übertragung bzw. Aufzeichnung der Kreistagssitzung im Internet zur Möglichkeit der Verbesserung der Öffentlichkeitsarbeit“ abstimmen.

Ergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Ja: 4 Nein: 57

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-4.1

Zur weiteren Veranlassung an S2

Zur Kenntnis an

Münc
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

		Vorlage: S 2/014/2011
	Termin	TOP 5
Kreistag	07.10.2011	öffentlich

Fachbereich: Büro des Landrats

Betreff:

Förderung von Aktivitäten mit Partnerlandkreisen/regionen des Landkreises Würzburg

Sachverhalt:

Wie den Mitgliedern des Kreistages bekannt ist, unterhält der Landkreis Würzburg zwei Partnerschaften. 1997 wurde eine Partnerschaftsurkunde mit dem Landkreis Matte Yehuda in Israel und 2005 eine Partnerschaft mit der Region Olmütz, Tschechien, abgeschlossen. Dieser ging bereits eine Partnerschaft seit 1997 mit dem Landkreis Sumpark (Mährisch Schönberg) voraus. Dieser Landkreis wurde im Zuge der Gebietsreform in Tschechien in die Region Olmütz eingegliedert.

Die beiden Partnerschaften sind eingegangen worden, um das Verständnis füreinander aufzubauen, die Lebensweisen des andern kennenzulernen und vor allen Dingen um neben der politischen Ebene auch auf anderen Ebenen, z.B. Schüleraustausch, Vereine u.ä. mehr, gegenseitige Beziehungen aufzubauen.

Das erfreuliche Ergebnis verschiedener Besuche von Delegationen untereinander sind schon mehrere Kontakte außerhalb der politischen Ebene. Im Rahmen eines Jugendaustausches gibt es im zweijährigen Turnus Besuche von Schülern des Deutschhaus Gymnasiums in Israel in der Ein-Karem-High School. Es sind mit Matte Yehuda in Israel gemeinsame Bestrebungen im Gange, Annäherungen beim Ausbau des Weintourismus zu finden.

Es gab bereits zwei Bürgerreisen in die Region Olmütz, eine Musikkapelle aus Rimpar hat eine Gemeinde in der Region Olmütz besucht und vor kurzem war im Rahmen der Europatage der Musik in Rimpar ein tschechisches Orchester vor Ort. Des Weiteren laufen mit Olmütz sehr intensive Kontakte über den Kreisjugendring Würzburg. So waren bereits verschiedene Jugendorganisationen in Olmütz und Olmützer Organisationen in Würzburg. Weitere Projekte sind geplant für September und November.

Diese Kontakte sollen dazu führen, dass die Partnerschaften nach und nach als Selbstläufer von alleine über die Bühne gehen. Bis dies soweit ist, sind häufig finanzielle Kraftakte der Organisatoren erforderlich.

So hat die Musikkapelle in Rimpar im Mai d.J. mitgeteilt, dass für Unterbringungs- und Verpflegungskosten für die 53 Musiker aus Tschechien etwa 4.000 € an Unkosten anfallen. Dies zu tragen, sei für einen relativ kleinen Verein nicht leicht, weshalb man um einen Zuschuss des Landkreises Würzburg bitte.

Auch die Vermittlungen des Kreisjugendringes in Sachen Jugendaustausch mit Olmütz kosten Geld und sind alleine von der Organisation bzw. von den Teilnehmern nicht zu tragen.

Es wird daher angeregt, einen Fördertopf bereitzustellen, aus dem ausschließlich Maßnahmen gefördert werden, die unmittelbar den beiden vom Landkreis Würzburg abgeschlossenen Partnerschaften dienen. Die bereitgestellten Mittel sollen als eine Art Anschubfinanzierung gesehen werden und zunächst für die nächsten drei Jahre im Haushalt bereitstehen. Danach wird zu überprüfen sein, inwieweit Verbindungen alleine laufen.

Die Verwaltung schlägt vor, jeweils einen Betrag von 10.000 € beginnend ab 2012 für 2012, 2013 und 2014 im Haushalt einzustellen. Über die Bezuschussung im Einzelnen sollte der Ausschuss für Sport, Kultur und Ehrenamt entscheiden. Unerlässliches Kriterium ist eine Aktivität innerhalb der beiden vom Landkreis Würzburg abgeschlossenen Partnerlandkreise.

Der Musikkapelle Rimpar sollte im Nachhinein ein Anerkennungsbeitrag von 1.000 € gewährt werden.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 12.09.2011 folgende Empfehlung für den Kreistag ausgesprochen:

Debatte:

Von den **Kreisräten Brohm und Kinzkofer** wird nachgefragt, nach welchen Kriterien grundsätzlich über einen Zuschuss entschieden werden und wie die Höhe eines solchen aussehe. Letztlich müsse auch bestimmt werden, wer diese Entscheidung treffe

Landrat Nuß erwidert, dass der Kreistag heute den Rahmen beschließt, was im Haushalt eingesetzt werden soll.

Kreisrat Seifert wirft zum Vorschlag der nachträglichen Förderung der Kappelle Rimpar ein, dass es ihm nicht um die 1.000,00 Euro gehe, die die Musikkapelle Rimpar erhält, sondern darum, heute schon weitere Leistungen festzulegen noch vor den eigentlichen Haushaltsberatungen.

Landrat Nuß erwidert, dass der Kreistag heute einen Gesamtansatz festlegen solle, über den man dann immer noch bei den Haushaltsgesprächen beraten könne.

Kreisrätin Celina fragt nach, wie die Kreisräte in Zukunft in die Partnerschaften und Bürgerreisen eingebunden werden könnten und wie man davon erfahre. Ihr sei die Richtung noch nicht ganz klar.

Herr Buchner teilt mit, dass man zunächst unterscheiden müsse, zwischen dem Austausch mit den beiden Regionen Olmütz und Mate Yehuda. Es sei da momentan so, dass jährlich im Austausch eine Delegation nach Israel und eine nach Tschechien fahre und im nächsten Jahr dann diese in den Landkreis Würzburg komme. Jede Fraktion erhält ein Schreiben mit der Bitte, um Meldung eines Teilnehmers.

Die andere Sache, die jetzt angekurbelt werden soll, ist die Unterstützung eines Austausches von Jugendlichen zwischen Olmütz und dem Landkreis Würzburg. Man müsse da auch noch unterscheiden, dass mit Israel bereits seit fast 20 Jahren ein Jugendaustausch bestehe, der über das Kreisjugendamt gemacht werde. Mit Olmütz läuft es leider im Bereich Jugend nicht so gut. Frühere Aktivitäten der Ackermangemeinde konnten aus personellen Gründen nicht aufrecht erhalten werden. Deswegen war nun der Landkreis gefordert zu versuchen, irgendwie in den Bereich zu gehen, junge Menschen anzusprechen. Es wurde der Kreisjugendring angesprochen, der Bauernverband, die Feuerwehr, Pfadfinder und viele Organisationen mehr. Für solche Kontakte wird nun diese Anschubfinanzierung benötigt, mit dem Ziel, den Austausch einzelner Gruppierungen eines Tages zu verselbständigen.

Kreisrätin Celina regt an, künftig das Programm an die Kreisräte zu schicken, um so die Möglichkeit zu haben, daran teilzunehmen.

Kreisrat Dr. Rost unterstützt diesen Antrag. Er habe da auch ein persönliches Interesse daran, da seine Frau aus dieser Region komme und er deshalb mehrmals im Jahr dort sei. Er würde sich sehr freuen, wenn diese Partnerschaft intensiver einbezogen würde.

Kreisrat Henneberger stellt fest, dass wenn ein Zuschussantrag vorliege, dieser dann im Ausschuss behandelt werde und schon deshalb die Kreisräte davon erfahren. Demnach wäre dieser Beschluss schon mal ein Schritt in die richtige Richtung.

Landrat Nuß fügt dem hinzu, dass gerade hier dann der Tagesordnungspunkt 4 zugute komme. Denn alles was künftig beraten wird, kommt dann in das Informationssystem. **Landrat Nuß** lässt sodann über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Für die Haushaltsjahre 2012, 2013 und 2014 soll jeweils einen Betrag von 10.000 € zur Förderung von Aktionen innerhalb der Partnerschaften mit der Partnerregion Olmütz und dem Partnerlandkreis Matte Yehuda in den Haushalt aufgenommen werden.

Der Musikkapelle Rimpar soll im Nachhinein ein Zuschuss von 1.000,00 Euro gewährt werden.

Beschluss:

Für die Haushaltsjahre 2012, 2013 und 2014 soll jeweils einen Betrag von 10.000 € zur Förderung von Aktionen innerhalb der Partnerschaften mit der Partnerregion Olmütz und dem Partnerlandkreis Matte Yehuda in den Haushalt aufgenommen werden.

Der Musikkapelle Rimpar soll im Nachhinein ein Zuschuss von 1.000,00 Euro gewährt werden.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-5

Zur weiteren Veranlassung an S2, ZFB 2

Zur Kenntnis an KrPA

Münc
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 07.10.2011	Vorlage: KrPA/010/2011
		TOP 6
		öffentlich

Fachbereich: Kreisrechnungsprüfungsamt

Betreff:

Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2007

Sachverhalt:

Die Jahresrechnung 2007 wurde durch den Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 28.04.2009 auf der Grundlage des Prüfungsberichtes des Kreisrechnungsprüfungsamtes (KrPA) örtlich geprüft.

Die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2007 ist allerdings bis heute noch nicht erfolgt.

Der Kreisausschuss hatte diesen Tagesordnungspunkt in seiner Sitzung am 06.07.2009 zurückgestellt, da die Mitglieder des Kreisausschusses noch Aufklärungsbedarf im Hinblick auf die Abwicklung des Vertragsverhältnisses mit der Kolping Dienstleistungs gGmbH sahen.

Die in diesem Zusammenhang seitens des Kreistages gegenüber dem KrPA und dem BKPV erteilten Sonderprüfaufträge wurden zwischenzeitlich erledigt und im Kreistag abschließend behandelt. Unabhängig davon laufen derzeit noch Ermittlungen der Staatsanwaltschaft.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt Kenntnis von der Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2007. Er stellt die Jahresrechnung 2007 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKRö mit den in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten Abschlusszahlen fest und beschließt über die Entlastung.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt Kenntnis von der Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2007. Er stellt die Jahresrechnung 2007 gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten Abschlusszahlen fest und beschließt über die Entlastung.

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-6

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Kreistag	Termin 07.10.2011	Vorlage: KrPA/009/2011/1
		TOP 6.1
		öffentlich

Fachbereich: Kreisrechnungsprüfungsamt

Betreff:

Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009

Sachverhalt:

Die Jahresrechnung 2009 wurde durch den Rechnungsprüfungsausschuss in seiner Sitzung am 04.07.2011 örtlich geprüft. Grundlage für die Prüfung war der Prüfungsbericht des Kreisrechnungsprüfungsamtes vom 30.05.2011.

Das Ergebnis der örtlichen Rechnungsprüfung ist im Prüfungsbericht des Kreisrechnungsprüfungsamtes und in der Niederschrift über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses festgehalten.

Die getroffenen Prüfungsfeststellungen sind der Verwaltung zur Erledigung mitgeteilt worden und deren Vollzug wird vom Kreisrechnungsprüfungsamt im Benehmen mit dem Rechnungsprüfungsausschuss überwacht.

Nach Art. 88 Abs. 3 LKrO stellt der Kreistag nach Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung und der Aufklärung etwaiger Unstimmigkeiten die Jahresrechnung in öffentlicher Sitzung fest und beschließt über die Entlastung.

Der Rechnungsprüfungsausschuss empfiehlt die Feststellung der Jahresrechnung 2009 mit den im Prüfungsbericht des Kreisrechnungsprüfungsamtes festgestellten Abschlusszahlen (siehe Anlage Nr. 1) und er empfiehlt die Entlastung für das Jahr 2009 zu erteilen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung am 12.09.2011 dem Kreistag ebenfalls die Feststellung und Entlastung der Jahresrechnung 2009 empfohlen.

Für die Feststellung und die Entlastung sind zwei getrennte Beschlüsse zu erfassen, da der Landrat bei der Entlastung nach Art. 43 Abs. 1 LKrO wegen persönlicher Beteiligung von der Beschlussfassung ausgeschlossen ist.

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag nimmt Kenntnis von der Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009. Er stellt gemäß den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Kreisausschusses die Jahresrechnung 2009 nach Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten Abschlusszahlen fest (Anlage Nr. 1).

Beschluss:

Der Kreistag nimmt Kenntnis von der Durchführung der örtlichen Prüfung der Jahresrechnung 2009. Er stellt gemäß den Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses und des Kreisausschusses die Jahresrechnung 2009 nach Art. 88 Abs. 3 LKrO mit den in der Anlage zu diesem Beschluss aufgeführten Abschlusszahlen fest (Anlage Nr. 1).

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-6.1

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag erteilt für die Jahresrechnung 2009 Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO.

(Der Landrat nimmt nach Art. 43 Abs. 1 LKrO an der Beratung und Abstimmung nicht teil.)

Beschluss:

Der Kreistag erteilt für die Jahresrechnung 2009 Entlastung gemäß Art. 88 Abs. 3 LKrO.

(Der Landrat nimmt nach Art. 43 Abs. 1 LKrO an der Beratung und Abstimmung nicht teil.)

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Beschluss-Nr.: KT/2011.10.07/Ö-6.1

Münch
Protokollführer/in

Nuß
Vorsitzende/r